



Zeitung des Stadtverbandes Schwedt der Partei

DIE LINKE.

Nr. 04/2019



Mein Name ist Heike Heise-Heiland und ich kandidiere zum ersten Mal für den Landtag. Geboren und aufgewachsen bin ich in der Uckermark.

Aus WUT muss wieder MUT werden. Ich muss die richtigen Fragen stellen, Herausforderungen annehmen, neue Wege gehen und dabei das Gute bewahren.

Wir als LINKE besinnen uns dabei auf unsere Ost-Kompetenz und wollen mit alten Themen punkten.

Es gilt den Menschen im Osten mit Respekt zu begegnen, eine Gleichheit in Ost und West nach 29 Jahren Wiedervereinigung zu schaffen, die Fragen nach der Zukunft, nach Sorgen und Nöten, Job und Perspektive der Kinder sowie nach dem Erhalt der Heimat zu beantworten – es geht nicht um Kleinigkeiten, es geht UMS GANZE!

Dafür stehe und kämpfe ich - Ihre Heiland für die Uckermark!

Heike-Heise-Heiland

Bewusst bekam ich das Wachrütteln und Aufstehen der Bürger*innen in der Wendezeit 1989 und die Wiedervereinigung 1990 mit. Die Menschen setzten Hoffnung und Vertrauen in den Neuanfang und Zuversicht in die Politik. Dafür machte sich die damalige PDS und die heutige DIE LINKE stark und war bestrebt, den Bedürfnissen der Bürger*innen gerecht zu werden. Die politische Entwicklung und die Notwendigkeit des Findens eines demokratischen Konsens mit den anderen politischen Parteien ließen Fragen der Menschen unbeantwortet. Der Nimbus als Protestpartei, das Vertrauen und die Zuversicht gingen verloren.

Wir, DIE LINKE, müssen bürgernah sein und Probleme nicht nur hören, sondern auch umsetzen. Die jetzige Politik erzeugt WUT und treibt die Wähler in die Opposition, sprich AfD.

Man ist als Politiker gewählter Vertreter des Volkes. Das bedeutet, dass ich bürgernah bin und die Interessen und Bedürfnisse der Bürger erhören muss und bestrebt bin, diese umzusetzen.

Aus dem Inhalt:

Wut allein bringt das Land nicht weiter	S.1
LINKE in der Europaparlament u. a.	S.2
Landtagswahlauftritt in Schwedt	S.3
Landtagswahl in Brandenburg,	S.4
Standpunkte der Spitzenkandidaten	S.5
30 Jahre ohne Mauer	S.6
Hilfe für Westsahara, Werbespots	S.7
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.8

**Brandenburgs
Zukunft gemeinsam
gestalten! #linkelpt19**



Die LINKE im neuen Europaparlament



Helmut Scholz erneut handelspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Europaparlament

Der LINKE-Europaabgeordnete Helmut Scholz ist erneut handelspolitischer Sprecher der Linksfraktion (GUE/NGL) im Europäischen Parlament. Die Abgeordneten verständigten sich auf den Brandenburger am 17. Juli 2019.

"Dieses Votum verstehe ich als Auftrag, meine Tätigkeit im Ausschuss für Internationalen Handel im Europäischen Parlament intensiv fortzusetzen", erklärte der Europapolitiker in Strasbourg. Scholz hatte die Funktion bereits in den vergangenen zwei Legislaturperioden inne.

Der Abgeordnete weiter: "Unsere wichtigste Aufgabe bleibt während der kommenden Jahre, die Grundprinzipien der globalisierten Weltwirtschaft zu hinterfragen. Für alle politischen, wirtschaftlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Akteure ist es an der Zeit zu realisieren, dass Wachstum nicht mehr das Maß aller Dinge sein kann. Wir brauchen eine alternative Handelspolitik. Messlatte für künftiges Handeln der EU und ihrer Mitgliedstaaten kann nur das Erreichen der für alle Kontinente vereinbarten 17 Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 und die Verhinderung des Klimawandels sein."

LINKE Newsletter 28/2019

Ein eklatanter Wortbruch

Unser Europaabgeordneter Helmut Scholz schrieb am 16. Juli 2019 einen Kommentar zur Wahl Ursula von der Leyens zur Kommissionspräsidentin:

Mit der heutigen Wahl von Ursula von der Leyen zur Kommissionspräsidentin ist die eigentlich so dringend notwendige Stärkung demokratischer Entscheidungsprozesse, die Transparenz bei der politischen Willensbildung erneut geschwächt worden – ungeachtet der wohlklingenden und mit Bedacht gewählten allgemeinen Worthülsen der Kandidatin des Europäischen Rates. Dieser hat sich über das Spitzenkandidat*innen-Prinzip hinweg gesetzt, hat die Versprechen an Millionen Wähler*innen in den Wind geschlagen.

Ein eklatanter Wortbruch mit sicherlich gravierenden Folgen für die Fähigkeit der EU, gemeinsame Lösungswege aufzuzeigen. Erneut haben sich nationale Egoismen und machtpolitische Ansprüche gegenüber gemeinschaftlicher Verständigung durchgesetzt zu den vielen, alle Bürger*innen der 28 EU Mitgliedstaaten betreffenden Fragen ihres Alltags:

von der Sicherung bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze in einer von tiefen Umwälzungen geprägten Arbeitswelt angesichts des Klimawandels,

sozial gerechte und gleichartige Lebensverhältnisse zu schaffen, Klimagerechtigkeit durchzusetzen und

den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft in allen Bereichen tatsächlich anzugehen,

dabei Frieden und weltweite Solidarität und Offenheit für die Belange des Lebens der Menschen auf allen Kontinenten nicht zu vergessen.

LINKE Newsletter 28/2019

Mit den Omas gegen Rechts

Die Initiative "Omas gegen Rechts" hat am 18. Juli 2019 in Potsdam Station gemacht und vor dem Landtag gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft demonstriert. Empfangen wurden sie von Martina Trauth, der Potsdamer Gleichstellungsbeauftragten, die sich bei den Omas für das Engagement bedankte. An der Kundgebung beteiligten sich auch unsere Abgeordneten Kathrin Dannenberg, Anita Tack und Isabelle Vandre.

Kathrin Dannenberg wünschte sich weitere Neugründungen der "Omas gegen Rechts" in ihrem Wirkungskreis im Süden Brandenburgs, wo die AfD Ausländerhass und Demokratiefeindlichkeit verbreite. Die Frauen der Initiative waren auf einem Segelboot die Havel entlanggefahren und hatten in Städten und Dörfern Station gemacht, um mit den Menschen auf der Straße das spontane Gespräch zu suchen. Im Mittelpunkt stand der Austausch über die Verantwortung für die jüngeren Generationen.

LINKE Newsletter 30/2019

Landtagswahl 2019

Auftaktveranstaltung in Schwedt

Am 25.07.2019 führte Die LINKE ihre Auftaktveranstaltung für die Landtagswahl am 01. September 2019 in Schwedt durch. Dazu kamen unsere Spitzenkandidaten für den Brandenburger Landtag in unsere Stadt.

Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter besuchten gemeinsam mit unserer Kandidatin, Heike Heise-Heiland, die für den Wahlkreis 12 antritt, die Wohnbauten GmbH Schwedt/O. und das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk (EJF gemeinnützige AG) Am Aquarium in Schwedt/O.



Mit heißen und kalten Getränken sowie roter Couch auf dem Platz der Befreiung

Bei den Gesprächen mit der Geschäftsführung in der Wohnbauten GmbH wurde ein kurzer Abriss zur Entwicklung und den Leistungen des Wohnungswirtschaftsunternehmens gegeben. In der anschließenden Diskussion ging es um den Leerstand, die demografische Entwicklung, den Alt-schuldenabbau und um die künftige Wohnungspolitik.

Im Ergebnis dieser Gespräche wurden einige Schwerpunkte für die zukünftige Arbeit unserer Kandidat*innen mitgegeben. Abschließend wurde das Regenbogen-Viertel mit seinen vielfältigen Wohnformen besucht.

Anschließend wurde im EJF die Altenpflegeeinrichtung "Haus Harmonie" besichtigt. Hier ging es natürlich hauptsächlich um alle Fragen der Altenpflege. Nach einer kurzen Vorstellung der Einrichtung kamen die Verantwortlichen des Hauses auch gleich zur Sache. Dabei spielten die finanziellen Fragen, die ärztliche Betreuung durch Haus- und Fachärzte sowie die umfangreiche Dokumentation der Pflege

einen Schwerpunkt in den Gesprächen. Hier wurden auch Probleme angesprochen, die überwiegend vom Bundesgesundheitsministerium gelöst werden müssen. Auch hier gab es viele Hinweise an unsere Kandidaten für die weitere Arbeit.

Von 15:00 – 17:00 Uhr standen alle Kandidaten am Infomobil der LINKEN für persönliche Gespräche und Fragen auf dem Platz der Befreiung zur Verfügung. Die Bürger*innen mussten immer angesprochen werden, um ins Gespräch zu kommen.

Ab 18:00 Uhr wurde im Schwedter Kulturbund der Film „Gundermann“ von Regisseur Andreas Dresen gezeigt, der trotz der sommerlichen Hitze gut besucht war.

Kathrin Dannenberg bedankte sich bei uns für die gute Organisation und für den interessanten Tag in Schwedt. Sie rief alle Gäste auf, zur Wahl zu gehen und möglichst DIE LINKE zu wählen.

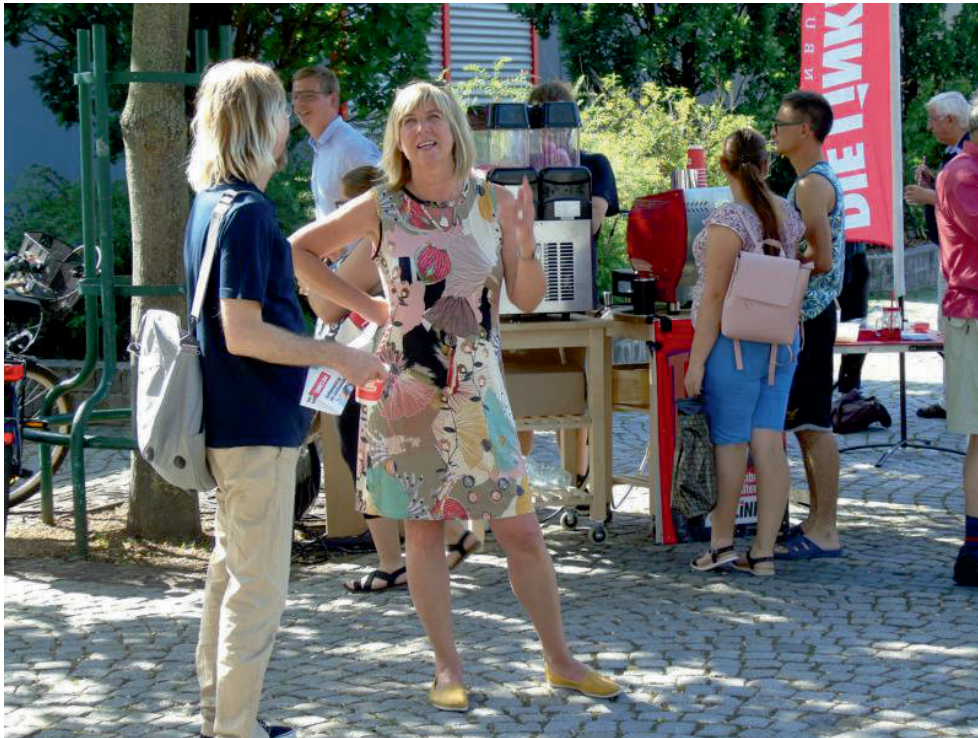
Manfred Giel



Kathrin Dannenberg zum Resümee des Tages in Schwedt im Vereinshaus "Kosmonaut"

Landtagswahl 2019

Standpunkte der Spitzenkandidaten



Mit unseren Spitzenkandidaten Kathrin Dannenberg (vorn 2. li) und Sebastian Walter (hinten li) auf dem Platz der Befreiung

Mit Kleingeld zu gleichwertigen Lebensverhältnissen?

Zu den von Agrarministerin Julia Klöckner (CDU), Familienministerin Franziska Giffey (SPD) und Innenminister Horst Seehofer (CSU) präsentierten Ergebnissen der Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" erklärt Kathrin Dannenberg:

"Was die drei Minister*innen gestern geboten haben, ist eine Frechheit gegenüber den Menschen in den abgehängten Regionen und zeigt erneut den desolaten Zustand der Bundesregierung.

Es wurden viele warme Worte um (fast) nichts gemacht: Es gäbe zwar Unterschiede in den Lebensverhältnissen und die Bundesregierung würde sich auch gerne darum kümmern, aber extra kosten darf es nichts. Man wolle dabei weder mit Milliarden noch mit der Gießkanne hantieren.

Julia Klöckner stellte dabei auch gleich klar, dass niemand Ergebnisse erwarten sollte: Die Angleichung der Lebensverhältnisse sei eine Daueraufgabe, die niemals abgeschlossen sein wird.

Es mag gut klingen, dass eine Förderung nicht mehr nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf erfolgen soll. Aber ein Blick in den Deutschlandatlas zeigt, dass sich auch 30 Jahre nach der Wende immer noch ein unsichtbare Mauer der Ungerechtigkeit durch das Land zieht.

Die ärmsten Regionen Deutschlands liegen nicht mehr nur im Osten: Zu Halle, Frankfurt (Oder) und der Uckermark haben sich schon lange Gelsenkirchen, Duisburg und Herne gesellt. Aber der Reichtum bleibt ausschließlich dem Westen vorbehalten: Regionen mit Haushaltseinkommen von über 22 000 Euro – im Jahr wohl gemerkt – gibt es nur dort. Es herrschen keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in den edlen Villen

mit Blick auf den Starnberger See und in der ostdeutschen Platte mit Aussicht auf die Industrieruinen stillgelegter Betriebe.

Auf dem Land ist neben der sozialen Ausgrenzung auch die räumliche Ausgrenzung im Alltag deutlich spürbar: Bus und Bahn haben Seltenheitswert, genau wie der Handyempfang und schnelles Internet, kein Arzt oder Laden weit und breit. Abgehängt zu sein ist hier kein Gefühl, sondern eine Tatsache. Ein bisschen mehr Kleingeld für den 'Unser Dorf soll schöner werden'-Wettbewerb wird daran nichts ändern. Wir brauchen massive Investitionen in strukturschwache Regionen, insbesondere im ländlichen Raum. Deshalb fordert DIE LINKE einen Solidarpakt III, der bis 2035 Einnahmen in Höhe 150 Milliarden Euro, und eine Vermögensteuer, die jährlich 80 Milliarden Euro einbringen soll."

Landtagswahl 2019

Standpunkte der Spitzenkandidaten

Andreas Kalbitz möchte "Geschichte" schreiben

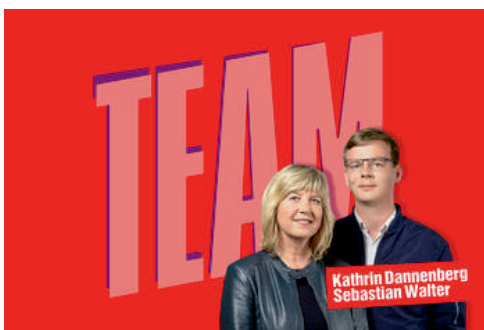
AfD-Spitzenkandidat Andreas Kalbitz verdeutlichte seine sehr eigene Geschichtssicht offenbar in sehr umstrittenen Filmen über Hitler, wie verschiedenen Presseberichten zu entnehmen ist.

Dazu erklärte der Spitzenkandidat der LINKEN für die Landtagswahl 2019, Sebastian Walter, am 1. August 2019:

"Andreas Kalbitz macht genau das, was die sogenannte Alternative für Deutschland auf ihren Wahlplakaten in Brandenburg ankündigt: Sie, also auch Andreas Kalbitz selbst, möchte Geschichte schreiben. Das schließt dann auch die Verklärung, Verharmlosung und das Beschönigen Adolf Hitlers und seines Wirkens mit ein. Egal, wie sehr sich Kalbitz bemüht, Hitler zum verkannten Helden zu stilisieren. Es wird ihm ebenso wenig gelingen, wie sich selbst zum Demokraten zu erklären.

Wer AfD wählt, der wählt keinen Protest, sondern Hitlerverkärer. Ein Nazi bleibt ein Nazi – da hilft kein Etiketten-schwindel!"

LINKE Newsletter 30/2019



Wer kein Segelboot reparieren kann, sollte nicht an Europas Steuer: Der EU droht Schiffbruch mit von der Leyen

Sebastian Walter erklärt zur Wahl von Ursula von der Leyen als Präsidentin der EU-Kommission in LINKE Newsletter 28/2019:

"Mit der Wahl von Ursula von der Leyen zur Präsidentin der EU-Kommission hat das Europaparlament sich dem Postengeschacher in Brüssels Hinterzimmern gebeugt, statt ein Zeichen für Transparenz und Demokratie zu setzen. Das ist das falsche Signal und macht weder die EU noch die CDU bei den Menschen beliebter. Von der Leyen ist damit eine Kommissionspräsidentin dank des Wankelmuts der Sozialdemokraten und möglicherweise von Gnaden der Rechtspopulisten – was soll dabei rauskommen? Statt sich den Herausforderungen der Zukunft und die Weichen für ein soziales, klimagerechtes, friedliches Europa zu stellen, entledigt sich die deutsche Bundesregierung einer ihrer zahlreichen Pannenministerinnen. Doch auch ein mögliches Stühlerücken im Bundeskabinett wird der Groko keinen frischen Wind einhauchen.

Dabei ist die EU zu wichtig, um erfolglose Politiker, die im eigenen Land großen Schaden angerichtet haben, in EU-Führungsämtern elegant loszuwerden. Ursula von der Leyen hinterlässt einen Scherbenhaufen: Gorch-Fock-Skandal, Berateraffäre und eine Armee, die über mehr Schrott als einsatzfähiges Kriegsgerät verfügt. Kurz gesagt: Wer nicht in der Lage ist ein Segelboot reparieren zu lassen, dem sollte nicht das Steuer einer der wichtigsten europäischen Institutionen anvertraut werden. Die EU droht mit von der Leyen Schiffbruch zu erleiden."

Kinderarmut weiterhin beschämend hoch

Der Paritätische Gesamtverband hat seine Studie "Verschlossene Türen. Eine Untersuchung zur Einkommensungleichheit und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen" vorgestellt. ... Dazu meint die Spitzenkandidatin Kathrin Dannenberg:

"Die vorgelegten Zahlen kann man nur erschreckend nennen. Die Einkommensschere zwischen Arm und Reich ist in den letzten zehn Jahren weiter auseinandergegangen. Während die ärmsten 10 Prozent der Paarhaushalte nur 364 Euro im Monat für ihr Kind zur Verfügung haben, liegt dieser Betrag bei den reichsten 10 Prozent der Paarhaushalte bei 1200 Euro. Bei den Ausgaben für Freizeit, Kultur und Unterhaltung haben die reichsten 10 Prozent nahezu das sechsfache des Betrags der ärmsten Familien zur Verfügung. Diese Unterschiede schreiben unterschiedliche Entwicklungs- und Teilhabechancen fest und zeichnen Armutskarrieren dabei schon in der Kindheit vor.

Das ist eines Sozialstaats nicht würdig. DIE LINKE. steht für entschlossenes politisches Handeln in der Armutsbekämpfung. Dazu gehört für uns eine Kindergrundsicherung, die die Bedürfnisse Heranwachsender unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern sichert. Dazu gehört die Sanktionsfreiheit aller Leistungen, die den Grundbedarf absenken und letztlich die Abschaffung des Hartz IV-Systems. Denn Kinderarmut ist immer auch Familienarmut. Deswegen engagieren wir uns für gute und familienfreundliche Arbeit und existenzsichernde Löhne."

LINKE Newsletter 30/2019

30 Jahre ohne Mauer

Unter dieser Überschrift waren in der Wochenendausgabe der Zeitung "Neues Deutschland" interessante Artikel und Statistiken, z. B. über das durchschnittliche verfügbare Jahreshaushaltseinkommen in allen Landkreisen, warum Regionalförderung ökonomisch sinnvoll ist oder der Artikel von Eva Roth „Vom Westen in den Osten – Wie die Treuhand und D-Mark-Einführung in Ostdeutschland wirkten“. Dieser Artikel wird nachfolgend zitiert:

„Obwohl seit 1990 Milliardensummen nach Ostdeutschland geflossen sind, ist die Wirtschaft bis heute unproduktiver als im Westen, die Gehälter sind viel niedriger und die Arbeitslosigkeit höher. Denn die Politik hat einerseits Geld für die Infrastruktur bereitgestellt, andererseits mit wirtschaftspolitischen Entscheidungen nach dem Mauerfall ökonomische Verwüstungen angerichtet, die bis heute nachwirken.“

Eine zentrale Weichenstellung war die Währungsunion im Jahr 1990, die wie eine „Neutronenbombe“ auf die ostdeutsche Wirtschaft gewirkt hat, so der Berliner Finanzwissenschaftler Ulrich Busch. Damals wurden laufende Transaktionen, zu denen Löhne, Mieten und Renten gehören, im Verhältnis 1:1 umgestellt: Statt 1000 DDR-Mark Gehalt bekamen Beschäftigte 1000 D-Mark. Genau das wollten viele DDR-Bürger. Die Umstellung war einerseits plausibel, um die Einkommen der Menschen zu sichern.

Andererseits bedeutete der 1:1-Tausch für Unternehmen „eine faktische Aufwertung der Währung um 300 bis 400 Prozent“, so Busch. Und damit drastisch höhere Lohnkosten. Etlliche Betriebe waren dadurch nicht mehr wettbewerbsfähig.

Gleichzeitig ging die Nachfrage nach Ost-Produkten massiv zurück, weil DDR-Bürger West-Waren ausprobieren und West-Supermärkte fast nur West-Waren anboten. Das Ergebnis war ein wirtschaftlicher Kollaps: Die Industrieproduktion sank innerhalb weniger Monate um zwei Drittel. Ein Großteil der DDR-Betriebe verschwand.

Bis heute wirkt auch die Art und Weise nach, wie die Treuhand-Anstalt die Privatisierung der Unternehmen organisiert hat. Die Treuhand habe in der Regel ostdeutsche Betriebe an westdeutsche Firmen verkauft, sagt Uwe Blien, Mitautor einer Studie über die Entwicklung Ostdeutschlands und Fachmann für regionale Arbeitsmärkte am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Ost-Fabriken wurden so zu Ablegern von West-Unternehmen, die Steuerung verblieb in der Regel im Westen, ebenso wie die Firmenzentralen und Entwicklungsabteilungen mit gut bezahlten Beschäftigten. In Ost-Deutschland errichteten dann westdeutsche Konzerne Fabriken, in denen die Beschäftigten niedriger entlohnt wurden.

Hingegen entstanden im Osten nur relativ wenige Ballungszentren, in den Firmen und Hochschulen vor Ort kooperierten. „Darum fehlen Entwicklungsimpulse durch solche industrielle Kerne“, so Blien. Lediglich in Städten wie Jena, Leipzig, Dresden oder Berlin gebe es mittlerweile derartige Cluster (= Ballungen), in denen ein sich selbst tragendes Wachstum und Innovation entstehen können und die nicht vom Westen aus gesteuert werden.

Die Abwicklung der DDR-Betriebe wurde nicht durch eine aktive Industriepolitik aufgefangen, sagt auch der Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel.

Die Politik könnte im Prinzip nun, 30 Jahre nach dem Mauerfall, beginnen, in Ostdeutschland regionale Cluster energisch zu fördern. Schließlich ist eine aktive Industriepolitik auch für konservative Politiker kein Tabu mehr. So will der CDU-Wirtschaftsminister Altmaier in Deutschland die Produktion von Batteriezellen ansiedeln. Doch kürzlich wurde bekannt, dass eine staatliche geförderte Forschungsfabrik für Batteriezellen in Münster angesiedelt wird, nicht in Ostdeutschland.

Tatsächlich sind die Bedingungen für Industrieansiedlungen in vielen ostdeutschen Gegenden mittlerweile nicht gut, so Busch. Die jahrzehntelange verfehlte Wirtschaftsstrategie hat Spuren hinterlassen: In Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt seien viele junge, qualifizierte Leute längst abgewandert. „Das ist keine gute Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung.“

Eva Roth
Nd 13./14. Juli 2019

Anregung der Redaktion:

Diskutieren wir zu diesem Thema oder auch anderen, die in Zusammenhang mit dem Thema "Ost-West" stehen. Wir werden ja jetzt schon überschüttet von Beiträgen in Zeitungen und Zeitschriften, wie das Thema gesehen wurde bzw. "wie es zu sehen ist". Wir freuen uns schon auf eure Meinungen.

Hilfe für die Westsahara

Nach einer Delegationsreise in die Westsahara hat es uns förmlich erwischt. Wir haben seitdem die Westsahara im Herzen. Der schon lange anhaltende Konflikt hat uns berührt. Die Willensstärke, Beharrlichkeit und der Grad der Selbstorganisation der Sahauris ist auch nach mehr als 40 Jahren ungebrochen. In Flüchtlingslagern – den Willayas – in der Algerischen Wüste organisieren die Sahauris ein möglichst "normales" Leben und kämpfen weiter für eine unabhängige Westsahara. Wir besuchten Schulen, Kindergärten, diverse Projekte und sahen bei einer Fahrt in die befreiten Gebiete von Weitem die von Marokko erbaute, 2000 km lange und durch einen Minengürtel gesicherte Mauer.

Wir wollen Euch und Sie anstecken, mit dem "Westsahara-Fieber". Wir werden auch berichten, wie man praktische Solidarität mit diesen tollen Menschen üben kann: Wir sammeln gerade Geld für Schachbretter, damit jede Schule in der Westsahara die Kinder dieses Brettspiel lehren kann, und für dringend benötigte medizinische Hilfe für eine Frau. Dafür bitten wir um Spenden:

Mittelbrandenburgische Sparkasse

IBAN: DE15 1605 0000 1000 7506 43

BIC: WELADED1PMB

Stichwort: Spende Westsahara, Vorname, Name, Adresse

Bitte unbedingt Name und Adresse angeben, da es das Parteiengesetz verbietet, anonyme Spenden anzunehmen.

Es freuen sich auf euch

Anja Mayer,
Andrea Johlige und
Kathrin Voß.



LINKE Newsletter 27/2019

Unser Wahlspot im Fernsehen

Wir freuen uns sehr, dass unser Wahlspot für die Landtagswahl bereits in der kommenden Woche im Fernsehen zu sein wird, und zwar an folgenden Terminen im rbb:

Sonntag, 11. August 2019

Donnerstag, 15. August 2019

Freitag, 23. August 2019

Mittwoch, 28. August 2019

... jeweils 19.56 Uhr nach "Brandenburg aktuell".

Ihr dürft gespannt sein!

LINKE Newsletter 30/2019



Termine/Arbeitsplan Stadtvorstand Schwedt, Stand: August 2019

08.08.2019	Stadtvorstandssitzung	16:30 Uhr Geschäftsstelle
12.08.2019	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum
14.08.2019	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Klein Ziethen/Altkünkendorf
01.09.2019	LANDTAGSWAHL	
02.09.2019	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum
04.09.2019	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
05.09.2019	SVV Schwedt	16:00 Uhr ubs
11.09.2019	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
12.09.2019	Stadtvorstand	16:30 Uhr Geschäftsstelle
02.10.2019	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
10.10.2019	Stadtvorstand	16:30 Uhr Geschäftsstelle
04.11.2019	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum
06.11.2019	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
14.11.2019	Stadtvorstand	16:30 Uhr Geschäftsstelle

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

26.09.2019: Manfred Giel
zum 75. Geburtstag

10.10.2019: Irmgard Rothnick
zum 85. Geburtstag



Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

19.08.2019 Ilse Nickel zum 76. Geburtstag
19.08.2019 Ingeborg Zerbe zum 66. Geburtstag
25.08.2019 Bernd Meyner zum 71. Geburtstag
25.08.2019 Renate Meile zum 67. Geburtstag
26.08.2019 Monika Gohl zum 71. Geburtstag
28.08.2019 Sebastian Woitschach zum 29. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

05.09.2019 Jürgen Franz zum 84. Geburtstag
05.09.2019 Christa Dannehl zum 79. Geburtstag
08.09.2019 Hubert R. Weidemann zum 21. Geburtstag
18.09.2019 Marvin Schulz zum 26. Geburtstag
21.09.2019 Frank Bismar zum 56. Geburtstag
23.09.2019 Ingeborg Kirsch zum 79. Geburtstag
24.09.2019 Simone Kambs zum 48. Geburtstag
04.10.2019 Tobias Andres zum 23. Geburtstag
06.10.2019 Rosemarie Klaschka zum 76. Geburtstag
09.10.2019 Reiner Prodöhl zum 67. Geburtstag
11.10.2019 Heike heise-Heiland zum 55. Geburtstag
20.10.2019 Eva Hempel zum 83. Geburtstag
23.10.2019 Kurt Büttner zum 94. Geburtstag
23.10.2019 Arno Damm zum 83. Geburtstag
24.10.2019 Christine Zibosly zum 84. Geburtstag

KoppHoch erscheint aller zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 04-2019: 05.08.2019

Impressum

Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Schwedt

V.i.S.d.P.:

I. Giel

Redaktion:

M.Gohl, D.Meyner

Gestaltung:

M.+I. Giel

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle
Auguststraße 2, Zi. 207/208

Mo-Do 10-12 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle:

Di, 10-12 Uhr

Finanzen

Mo, 26.08.2019, 10 bis 12 Uhr

Mo, 03.09.2019, 10 bis 12 Uhr

Mo, 20.09.2019, 10 bis 12 Uhr

Mo, 07.10.2019, 10 bis 12 Uhr

Mo, 28.10.2019, 10 bis 12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE Stadtverband

Schwedt/Oder

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de